

Die Rheingasse ist keine Sackgasse

Autor(en): **Herter, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **17 (1991)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-801345>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Rheingasse ist keine Sackgasse

Der Basler Drogen-Bürgerkrieg findet nicht statt. In der Basler Drogenszene kommen sich Junkies, Politiker und AnwohnerInnen näher.

VON MARTIN HERTER

Emil Ehret, Gewerbler und Kleinbasler, weil er gar nichts anderes sein mag, war in vorderster Front dabei, als aufgebrauchte Anwohner im September letzten Jahres gegen die mobile Spritzenabgabe – gegen den „Drogenbus“, wie sie sagten – Sturm liefen. Ehret hatte die Nase voll. Der Widerstand der Anwohnerschaft (vgl. Drogen Magazin Nr.4, Dez. 1990, „Unüberwindliche Gegensätze“) geriet zum brisanten lokalpolitischen Thema.

Die Positionen schienen abgesteckt: Da der engagierte SP-Sanitätsdirektor Remo Gysin mit seinem engagierten Kantonsarzt Christian Herzog, dem die Aids-Prävention näher liegt als aufgestaute Aggressionen der gestressten Anwohnerschaft. Dort der ex-Sozialdemokrat und DSP-Polizeidirektor Karl Schnyder, der das large Vorgehen seiner Polizisten gegen die bürgerwehähnlichen Angriffe der Anwohnerschaft auf den Spritzenbus laut vernehmlich in Schutz nahm. Und dazwischen eingekeilt der liberale Justizdirektor Peter Facklam, der die Aids-Prävention des Sanitätsdepartementes zwar unterstützte, andererseits aber als konservativer Regierungsrat durchaus Verständnis für die Empörung der AnwohnerInnen zeigen wollte.

Die Positionen schienen, wie gesagt, bezogen. Mittlerweile engagiert sich Emil Ehret für die Anliegen der Junkies, arbeitet aktiv mit, um neue Fixerräume zu

realisieren. „Die würden staunen, wenn wir, die Geschäftsinhaber und die Junkies mit den gleichen Forderungen an die Herren Regierungsräte treten würden“, sagte der Gewerbler an einer Podiumsdiskussion. Und Ehret ist längst kein Einzelfall mehr.

Der von vielen befürchtete und von wenigen erhoffte Kleinbasler Drogen-Bürgerkrieg findet nicht statt. Drogenabhängige, SozialarbeiterInnen, Anwohnerschaft und Geschäftsleute aus den von der Drogenszene frequentierten Strassen und Gassen reden miteinander. Initiiert hatte den Dialog die Kulturwerkstatt Kaserne, das alternative Kulturzentrum im Zentrum Kleinbasels, nach den Angriffen auf den Spritzenbus. Inmitten der heftigen Diskussionen, wo bereits alle zu wissen schienen, wo die Sündenböcke der Gegenseite zu suchen sind, lud die Kulturwerkstatt zu einer Aussprache unter den Betroffenen. Da erlebte zum ersten Mal ein Hotel-Direktor, der wegen der Drogenszene vor seinen Toren über Abbuchungen klagt, einen Junkie, der freimütig gesteht, seine Spritze „nach dem Schuss“ regelmässig und rasch fortzuschmeissen, weil er einfach keine Lust habe, einfach so, bloss wegen einer Spritze im Sack, für 48 Stunden von der Polizei „eingebuchtet“ zu werden. Und der freisinnige Direktor des Nobel-Hotels zeigt plötzlich Verständnis für den Heroin-Abhängigen.

Es sollte nicht bei der einmaligen Podiumsdiskussion in der Kaserne bleiben. Die Betroffenen hatten sich mehr zu sagen. Die Gründung des sogenannten Kleinbasler Stammtisches wurde beschlossen. 44 Personen erschienen zum ersten Treffen am 15. Oktober letzten Jahres. Mittlerweile treffen sich allmonatlich regelmässig bis zu hundert Leute. Der Stammtisch ist zu einem ernstzunehmenden Faktor in der Basler Drogenpolitik geworden. Nicht nur Sanitätsdirektor Remo Gysin und seine MitarbeiterInnen, auch hohe Polizeifunktionäre und Beam-

te sprechen regelmässig am Stammtisch mit den Betroffenen der Drogenszene, mit Junkies, SozialarbeiterInnen und AnwohnerInnen.

Schon am ersten Stammtisch wurden erste konkrete Vorschläge erarbeitet:

In Basel braucht es **rasch** mehrere Gassenzimmer, in denen gefixt werden darf. Der Standort dieser Gassenzimmer darf zu keiner Ghettosituation wie etwa am Zürcher Platzspitz führen. Das heisst: Belebte Quartiere sind zu bevorzugen. Die Eröffnung neuer Gassenzimmer darf nicht mit der Schliessung des bisherigen Fixerstübli (am Lindenberg im Kleinbasler Zentrum) einhergehen.

Um eine konstruktive Entscheidungsfindung bei der Lösung des Kleinbasler Drogenproblems überhaupt finden zu können, fordert der Stammtisch ein einheitliches Vorgehen der Regierung und eine gemeinsame Strategie der Departemente; eine optimale Information aller, die an der Entscheidungsfindung beteiligt sind und eine intensive Rücksprache mit allen Betroffenen (AnwohnerInnen, Geschäftsleute, Junkies und SozialarbeiterInnen). Der Stammtisch teilt die Meinung der Regierung, dass nur eine kontrollierte Heroinabgabe (etwa in den Gassenzimmern unter ärztlicher Aufsicht) die Drogenproblematik nachhaltig beeinflussen kann.

Hinter diesen Forderungen steht der Stammtisch auch weiterhin. An und für sich sind sie keineswegs revolutionär. Um so erstaunlicher aber ist die Tatsache, dass sie auch von Anwohnern getragen werden, die noch vor kurzem jeden Junkie, gelinde gesagt, ins Pfefferland wünschten. Der bisweilen zugegebenermassen auch etwas mühsame Dialog hat dazu geführt, dass sich die vermeintlich konkurrierenden Gruppen - da die Anwohnerschaft und die Geschäftsinhaber, dort die Junkies, GassenarbeiterInnen und SozialarbeiterInnen - näher gekommen sind und dabei das Denken - und vielleicht noch wichtiger das Fühlen der

Frauen sichten

Süchte

Anderen kennengelernt haben. Für den Kleinbasler Stammtisch ist eine banale, aber für viele, vor allem für Direktbetroffene schwer zu erkennende Einsicht deutlich geworden: Wenn die Drogenabhängigen nicht länger verelenden, wenn sie als Mitglieder der städtischen Gemeinschaft ernst genommen werden, brauchen sich auch die Anwohner, NachbarInnen und Geschäfte rings um die Drogenszene nicht länger zu fürchten und zu ekeln. Dieser erstaunliche Erkenntnisprozess wird deutlich, wenn neue TeilnehmerInnen aus der Anwohnerschaft am Stammtisch teilnehmen: Wenn sie bei ersten, zögerlichen Voten wieder die alten Clichés von den bösen Süchtigen und der Polizei, die alles lösen soll, einbringen, greifen jene ein, die noch vor kurzem selbst so gedacht haben. Ein paar Stunden voller intensiver Gespräche, ein paar Monate Zeit, um Grundsätzliches zur Drogenproblematik zu überdenken, haben in der Basler Drogenpolitik einiges verändert. Der Bürgerkrieg in der Rheingasse, im Zentrum der Drogenszene, findet nicht statt. „Die Rheingasse war noch nie eine Sackgasse, sie wird es auch nicht werden“, sagte ganz am Anfang des Dialoges der Gassenarbeiter Klaus Meyer, der diese Gespräche mitinitiiert hatte. Jetzt sind Behörden und PolitikerInnen gefordert. ■

Pressecommuniqué

In allen Arbeitsbereichen der Suchtarbeit müssen und können geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigt werden. So lautet das Fazit der ersten Frauenfachtagung des Vereins Schweizerischer Drogenfachleute „Frauen sichten Süchte“ vom 15./16. Februar in Olten. Wie gross das Bedürfnis ist, unter Fachfrauen verschiedene Ansätze und Modelle frauengerechter Suchtarbeit zu diskutieren, zeigt der grosse Andrang: Über 200 Frauen kamen nach Olten. Über 200 Fachfrauen aus den verschiedenen Bereichen der Suchtarbeit, also aus Prävention, Beratung, Gassenarbeit und Therapie liessen sich von vier Referentinnen von der Notwendigkeit geschlechtsspezifischer Ansätze überzeugen. Zu unterschiedlich sind noch heute die Lebenssituationen von Frauen und Männern, als dass die Prävention es sich leisten könnte, nicht geschlechtsspezifisch vorzugehen. Zu unterschiedlich sind die Suchtbiographien von Frauen und Männern, als dass Beratungsstellen und Therapiestationen darauf verzichten könnten, ihr Angebot danach auszurichten. Zu unterschiedlich sind schliesslich die Situationen drogenabhängiger Frauen und Männer, als dass

Gassenarbeit diesen Realitäten nicht Rechnung tragen müsste.

Am zweiten Tagungstag erarbeiteten die Fachfrauen Umsetzungsmöglichkeiten, diskutierten Bedingungen, die feministisches Arbeiten ermöglichten und stellten einen Forderungskatalog auf, der unter anderem folgende Forderungen umfasst:

1. Legalisierung aller Drogen, um die Gewalt gegen Frauen und die HIV-Ansteckung in der Drogenszene zu reduzieren
2. Schaffung von Frauenräumen in allen Arbeitsbereichen; also therapeutische Wohngemeinschaften und Beratungsstellen für Frauen, Projekte der Überlebenshilfe für Frauen und zwar dort, wo Frauen sich aufhalten.
3. Freistellen von Fachfrauen zur Weiterentwicklung feministischer Modelle in der Suchtarbeit.
4. Paritätische Stellenbesetzungen in gemischtgeschlechtlichen Institutionen, d.h. gleiche Anzahl von Frauen und Männern auf allen Hierarchiestufen.
5. Jede Suchtpräventionskampagne muss von Fachfrauen auf geschlechtsspezifische Aspekte überprüft werden. ■

Ausführlicher Bericht im nächsten Drogenmagazin.

